

## Erklärung BEA-Vorstand

# Unzureichende Entlastungen

Bewertung des dritten Entlastungspakets durch den BEA-Vorstand

Seit dem Frühjahr 2020 haben sich die Lebensbedingungen vieler Millionen Menschen in Deutschland zum Teil drastisch verschlechtert, weil sich die gesellschaftlichen Krisen häuften und gleichzeitig verschärften. Dies gilt besonders für einkommensarme und armutsgefährdete Gruppen, weil ihnen im Unterschied zu wohlhabenden Bevölkerungskreisen keine finanziellen Rücklagen zur Verfügung stehen.

Die Entwicklung ist höchst unsozial, vor allem wegen der anhaltend hohen Inflation, die auch Lohnerhöhungen weit übertreffen wird. Menschen mit geringen und mittleren Einkommen zahlen den höchsten Preis für die Krise. Wir sehen eine weiter zunehmende soziale Polarisierung.

Mit dem dritten Entlastungspaket versucht die Bundesregierung, die mit voller Wucht steigenden Preise für private Haushalte und Unternehmen finanziell abzumildern.

Die Gesamtsumme beläuft sich auf etwa 95 Mrd. Euro. Darin enthalten sind eine ganze Reihe sinnvoller Maßnahmen, die häufig auf gewerkschaftliche Forderungen zurückgehen. Trotzdem bestehen noch soziale und wirtschaftliche Sicherungslücken und manche Elemente werden erst verzögert greifen. Damit es in dieser Krise gerecht und solidarisch zugeht, gibt es nochmal Nachbesserungsbedarf. Die Maßnahmen sind in ihrer Gesamtgröße gut, aber sie sind nicht zielgenau genug, weil sie den verletzlichsten Menschen und Unternehmen zu wenig helfen.

Zu begrüßen ist, dass das Wohngeld ausgeweitet werden soll und dauerhaft eine Klima- und Heizkostenkomponente, deren Höhe aber noch nicht beziffert ist, erhält. Insgesamt muss das Wohngeld aber noch deutlich mehr arme Menschen erreichen, die andernfalls bei ihren Wohnkosten keine Unterstützung erfahren. Das Wohngeld muss außerdem hoch genug sein, um dabei zu helfen, Armut durch zu hohe Wohnkosten zu verhindern.

Die Pläne zur Einführung eines Bürgergeldes werden der Situation der Betroffenen in keiner Weise gerecht. Die Ampel-Koalition hat sich in ihrem Entlastungspaket lediglich auf eine Korrektur der Regelsatzanpassungen verständigt, die an dem schon jetzt viel zu geringen Leistungsumfang nichts ändert. Auch künftig müssen Grundsicherungsberechtigte ihren Stromverbrauch aus den ungenügenden Regelleistungen finanzieren. Bei rasant steigenden Energiekosten reduziert das die ohnehin knappen Mittel für Nahrung, Gesundheitsversorgung, Bildung und Teilhabe drastisch. Wir fordern, dass die notwendigen Ausgaben für Strom mit den Kosten für Wohnen und Heizung in der Grundsicherung vollständig übernommen werden sollen. Für Strom- und Gassperren muss ein erneutes Moratorium eingeführt werden. Bei den angekündigten Preisdeckeln für Strom und Gas ist noch offen, ob sie einkommensarme Haushalte in erforderlichem Ausmaß entlasten und gleichzeitig unklar, wie notwendige Einsparungen bei sehr hohen Verbräuchen sichergestellt werden. Im Entlastungspaket wurden außerdem keine Maßnahmen getroffen, um dauerhafte Energie- und damit Kosteneinsparungen beim Heizen zu ermöglichen.

Hier muss sich dringend etwas ändern, damit sich die sozioökonomische Ungleichheit verringert und niemand mehr in Existenznot gerät. Andernfalls riskiert die rot-grün-gelbe Koalition soziale Verwerfungen mit unabsehbaren Konsequenzen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

